

Fakt ist: Wir sind mit einem gebildeten Volk umgegangen, als sei es unmündig.

Dieses heute nicht mehr vorhandene Vertrauen - Hoffnungen und Erwartungen gibt es noch bei vielen - wieder zu schaffen ist schwer und ein langer Prozeß. Alles erwartet überzeugende Tatsachen und handfeste Beweise, aber wir leben in ökonomischen Zwängen. Wir wissen in Köpenick um die Notwendigkeit, wo was wie in der Kommunalpolitik zu verändern ist, aber wir haben dafür heute noch nicht die Kapazitäten, Mittel und Lösungen. Die Arbeitskräftelage ist zugespitzt wie nie. Seit Jahresbeginn haben wir 1 250 Menschen verloren, und weitere 1 000 werden unsere Republik verlassen wollen.

Wir haben diese Tatsachen, die uns heute schon ernsthaft belasten und den öffentlichen Unmut steigern, genauso zu sehen wie den schlimmen, schmerzlichen Vertrauensverlust durch die Offenlegung von Privilegien und Tatsachen. Viele Gästehäuser in Köpenick - aber Gaststätten, die verfallen, nicht ausreichende Kapazitäten und Räumlichkeiten für Arztpraxen; die Zahl der fehlenden Urlaubsplätze ist bekannt. Ich bin deshalb für den Einsatz von Kommissionen, von der Partei bis zum Staat, weil die Fakten schlimm sind, ich bin für Konsequenzen und auch für klare Positionen.

Wir sehen es auch so: Wenn wir das Leistungsprinzip in der Leistungsgesellschaft durchsetzen, wird sich das soziale Gefüge verändern, die soziale Differenzierung wächst, und neue Konflikte werden entstehen. Allen ein höheres Lebensniveau zu sichern geht nicht. Aber zugleich müssen wir bei notwendiger Veränderung der Subventionspolitik eine soziale Gerechtigkeit garantieren.

In einer solchen Lage bin ich sehr für die Grundposition unseres Generalsekretärs: Besonnenheit ist eine Führungsstärke. Wir dürfen nichts versprechen, was wir nicht halten können. Die große Chance ist, durch die Offenlegung der Probleme, auch der Parteifinzen, der Zusammenhänge, der sich widersprechenden Fakten und Tatsachen, durch Variantenangebote mit allen in öffentlicher Debatte das Für und Wider abzuwägen. Letztlich entscheiden und bestimmen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, Kompetenz und Berechenbarkeit, Tatsachen und Mehrheiten.

Damit ist die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit und dafür, wie wir in einer solchen Lage Medienpolitik machen, riesengroß. Die Veränderung hat doch schon erreicht, daß unsere Zeitungen an den Bahnhöfen und den Zeitungskiosken in unseren Betrieben um 6.45 Uhr ausverkauft sind. Wenn wir über Informationspolitik reden, dann muß es wenigstens eine Tageszeitung geben und anregende Zeitschriften auch. Aber das Papier reicht nicht, und wir wissen warum. Aber wenn wir - begonnen in der Partei und überall im Lande - das Berichtsunwesen und nutzlose Stati-